

## Politik kompakt

## BEVÖLKERUNG

## So viele Zuwanderer wie seit 17 Jahren nicht mehr

Die Krise in Südeuropa und die EU-Osterweiterung haben Deutschland die stärkste Zuwanderung seit 1995 gebracht. Rund 1,08 Millionen Menschen zogen im vergangenen Jahr zu. Im Vergleich zum Vorjahr betrug das Plus 13 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Etwa 966 000 Zuwanderer waren Ausländer. Bei den anderen 115 000 handelte es sich um Spätaussiedler und deutsche Rückkehrer aus dem Ausland. Die meisten Menschen kamen wieder aus Polen (176 000). Besonders starke Zuwächse gab es aus den südeuropäischen EU-Krisenstaaten wie Spanien (plus 45 Prozent), Griechenland und Portugal (je 43 Prozent mehr), aber auch Italien (40 Prozent). Besonders stark war auch der prozentuale Zuwachs aus Slowenien (62 Prozent). (dpa)

## GESPRÄCH

## Merkel: Unternehmen sollen Frauen fördern

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Unternehmen aufgefordert, Frauen in Führungspositionen stärker zu fördern. Auch in mittleren Führungsebenen müsse darauf geschaut werden, dass „mehr Frauen in Verantwortung sind“, sagte sie bei einem Gespräch mit 100 Spitzenmanagerinnen. Es gehe um „gleiche Chancen bei gleicher Qualifikation“, betonte sie mit Blick auf die oft sogar besseren Abschlüsse von Mädchen und Frauen. An einer Karriere interessierten Frauen empfahl die Kanzlerin auch, sich besser untereinander zu vernetzen. Es sei aber auch wichtig, mit Männern darüber zu diskutieren, wie herkömmliche Rollenbilder in der Gesellschaft durchbrochen werden könnten. (afp)



Kein Frauenchor mit Dirigentin, sondern Spitzenmanagerinnen bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Foto: dpa

## GESUNDHEIT

## Krankenhäuser suchen dringend Ärzte

Drei Viertel der Krankenhäuser haben einer Umfrage zufolge Probleme, Arztstellen zu besetzen. Außerdem finden es 41 Prozent der Kliniken schwierig, Stellen in der Krankenpflege zu besetzen, wie die gemeinnützige Berufungsfamilie gGmbH mitteilte, die sich mit Fragen der Vereinbarung von Beruf und Familie befasst. Nach Einschätzung der befragten 150 Krankenhäuser könnte sich die Situation noch verschlimmern: In fünf Jahren erwarten fast alle Schwierigkeiten, neue Ärzte zu finden. (dpa)

## Das Datum

## 8. Mai

» 1945 Mit der bedingungslosen Kapitulation aller deutschen Truppen endet der Zweite Weltkrieg in Europa.  
» 1988 Aus der Landtagswahl in Schleswig-Holstein nach der „Barschel-Pfeiffer-Affäre“ geht die SPD als überragende Siegerin hervor. Sie erhält 54,8 Prozent der Stimmen.

## 9. Mai

» 1923 Im Residenztheater in München wird Bertolt Brechts Drama „Im Dickicht der Städte“ uraufgeführt.  
» 1978 In Rom wird in einem Auto die Leiche des am 16. März entführten und später erschossenen Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei Italiens, Aldo Moro, gefunden.

## Verkaufte Liebe

Menschenhandel Mit 18 Jahren wurde Tatjana nach Deutschland gelockt und zur Prostitution gezwungen. Tausende junge Frauen erleiden ein ähnliches Schicksal – Jahr für Jahr. Und noch immer tut der Staat zu wenig dagegen

VON DANIELA FISCHER

**Augsburg** Tatjana ist eine hübsche Frau: zierliche Figur, schulterlange blonde Haare, blaue Augen. Am liebsten trägt sie hohe Schuhe, sie wäre gerne etwas größer. Meist gibt sich die junge Frau fröhlich und unbeschwert. Doch das täuscht: Tatjana ist 18, als sie von einem rumänischen Polizisten nach Deutschland verkauft wird – als Prostituierte. Heute, zwei Jahre später, quälen sie die Erlebnisse noch immer.

Viele Prostituierte sprechen schlecht Deutsch und wollen, wie Tatjana auch, lieber nicht mit Journalisten reden. Die Sozialpädagogin Soni Unterreithmeier erzählt Tatjanas Geschichte. Sie hat vor zehn Jahren die Beratungsstelle Solwodi (Solidarity with Women in Distress) Augsburg gegründet und weiß: „Eine direkte Konfrontation wühlt die Frauen zu sehr auf, sie können nächtelang nicht mehr schlafen, erleben schlimme Angstzustände.“

„Du musst immer arbeiten, egal ob müde, Schmerzen, krank.“

Tatjana, ehemalige Zwangsprostituierte

Die Sozialpädagogin hat Notizen aus dem letzten Gespräch mit Tatjana mitgebracht, die nur errahnen lassen, was die junge Frau erlebt hat. Sie zielt: „Du musst immer arbeiten, egal ob müde, Schmerzen, krank. Keine macht das freiwillig.“

Tatjanas Geschichte ist die eines Mädchens, das glaubte, in Deutschland warte ein besseres Leben. Es ist gleichzeitig die Geschichte tausender Frauen, die wie Ware gehandelt und missbraucht werden. Mädchen wie Tatjana, die aus Rumänien, Bulgarien oder Nigeria nach Deutschland gelockt werden mit dem Versprechen, sie könnten dort als Kosmetikerin, Putzfrau oder Kindermädchen arbeiten. Stattdessen verkaufen sie ihren Körper. Sie werden dazu gezwungen.

Die Zahl der Frauen, die das Angebot von Solwodi in Anspruch nehmen, ist in den vergangenen Jahren bundesweit von 1450 auf 1800 gestiegen. Insgesamt 14 Anlaufstellen für Frauen in Not gibt es von Augsburg bis Berlin. Der Großteil der Hilfesuchenden kommt – wie Tatjana – aus Südosteuropa, gefolgt von Afrika sowie Süd- und Westeuropa. Häufigster Grund für eine erste Kontaktaufnahme ist, zumindest



Nein, Liebe wird hinter diesen Fenstern nicht angeboten. Es geht um schnellen Sex gegen Geld. Viele Frauen verkaufen ihren Körper nicht freiwillig – so wie die junge Rumänin Tatjana, von der unsere Geschichte handelt. Foto: Arne Dedert, dpa

vordergründig, die Suche nach einer Unterkunft. Denn wenn die Frauen aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis, sprich vom Zuhälter, flüchten, stehen sie in der Regel auf der Straße.

Tatjana hat ihren Zuhälter in ihrer Heimat Rumänien getroffen. Die damals 18-Jährige verliebte sich in den verheirateten Familienvater, der ihr von der großen Liebe und einem Leben in Deutschland erzählte. Sie vertraute dem Polizisten, glaubte an eine gemeinsame Zukunft. Die jedoch wurde zum Martyrium. Einem halben Jahr lang wurde die junge Frau gezwungen, ihren Körper zu verkaufen – in einer deutschen Großstadt nach der anderen, überwacht von zwei Mittelsmännern. Ihre letzte Station war Augsburg.

Im Stadtgebiet arbeiten aktuell rund 600 Prostituierte. Der Anteil der Migrantinnen liegt laut Kriminalkommissar Helmut Sporer bei über 80 Prozent. „Die meisten bleiben ein paar Wochen oder Monate und ziehen dann weiter“, sagt der

Polizist. Er schätzt: Insgesamt arbeiten rund 2000 Frauen im Jahr temporär als Prostituierte in Augsburg. Bis zu 90 Prozent tun dies offenbar nicht freiwillig: „Die Dunkelziffer ist hier wahnsinnig hoch.“

Dass es in Europa immer mehr Opfer von Menschenhandel gibt, zeigt ein aktueller Bericht der EU-Kommission. 23 632 Opfer sind im Zeitraum von 2008 bis 2010 ermittelt worden. Während diese Zahl um 18 Prozent stieg, ging eine andere um 13 Prozent auf 1339 zurück: die der verurteilten Menschenhändler. Für sie ist Deutschland ein lukrativer Markt. Bislang hat es die Bundesregierung weder geschafft, EU-Vorgaben konsequent umzusetzen noch ihr Prostitutionsgesetz aus dem Jahr 2002 nachzubessern.

Jüngstes Beispiel ist die Forderung aus Brüssel, bis Anfang April eine Richtlinie gegen Menschenhandel, die eine europaweite Definition des Tatbestandes sowie einen besseren Schutz der Opfer vorsieht, um-

zusetzen. Sechs der 27 Länder haben diese in nationales Recht übertragen: Schweden, Finnland, Polen, Tschechien, Ungarn und Lettland – Deutschland ist nicht darunter. „Es gibt dazu noch unterschiedliche Vorstellungen in den Ministerien“, räumte Regierungssprecher Steffen Seibert kürzlich ein.

Deutsche Bordelle preisen indes online ihre „internationalen Topmodels“ an. Als „neu“ werden in einem Augsburger Etablissement etwa Ariana oder Maja beworben. Seitenweise Nacktfotos sollen die Kundschaft anlocken. Es ist noch nicht lange her, da posierte auch Tatjana auf einer dieser Seiten. Von 14 bis 3 Uhr morgens musste sie den Freiern in Augsburg ihre Dienste anbieten. Die bezahlten für den Eintritt ins Bordell rund 60 Euro, gegen weiteres Geld schlief Tatjana, die als „lolitahafter Typ“ begehrt gewesen sein soll, mit ihnen. Die Rumänin glaubte lange, das erwirtschaftete Geld sei am Ende doch für eine Zu-

kunft mit dem Polizisten bestimmt. Doch sie wurde enttäuscht.

„Die Frauen befinden sich ständig in einem Spannungsfeld von Gewalt und Liebesversprechungen“, erklärt Sozialpädagogin Unterreithmeier. Sie sagt: Das Prostitutionsgesetz macht es Menschenhändlern zu leicht. 2001 verabschiedete die rot-grüne Regierung das Gesetz „zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten“. Das war eigentlich gut gemeint: Prostituierten sollte der Zugang zur Sozialversicherung erleichtert werden, sie sollten ihren Lohn einklagen können und ihre Arbeit vertraglich regeln. „In der Realität macht kein Zuhälter mit einer Frau einen Arbeitsvertrag“, sagt Unterreithmeier. „Die selbstbestimmte Sexarbeiterin mit Lohnsteuerkarte gibt es so gut wie nicht.“

Stattdessen wirkte die Legalisierung wie eine Einladung an organisierte Kriminelle, in den Menschenhandel einzusteigen. Die Vermittlung von schnellem Sex ist erlaubt,

„In der Realität macht kein Zuhälter mit einer Frau einen Arbeitsvertrag.“

Sozialpädagogin Soni Unterreithmeier

dass ein Zuhälter eine Frau zwingt, kaum nachzuweisen. Sagen die Betroffenen gegen ihre Peiniger aus, droht ihnen die Abschiebung. Zudem werden die Frauen massiv bedroht, sagt Kriminalkommissar Sporer. Dass der Familie in der Heimat etwas angetan werde, sei eines der beliebtesten Druckmittel. „Ausagen werden oft mehrfach geändert und die Menschenhändler bekommen am Ende eine milde Strafe.“

Alleine hätte sich Tatjana, die wieder in Rumänien lebt, wohl nie an die Ermittler gewandt, vermutet Unterreithmeier. Ihr Vertrauen in die Behörden ist erschüttert, schließlich war ihr Zuhälter ausgerechnet Polizist. Zwei Kolleginnen fanden den Mut und verwiesen auch auf Tatjanas Zwangslage. Es kam zum Prozess, an dessen Ende der wegen schweren Menschenhandels angeklagte Täter zwei Jahre auf Bewährung erhielt. Der Mann sei Ersttäter und habe das den Frauen abgenommene Geld in die Ausbildung seiner Kinder gesteckt, lautete die lapidare Begründung des Richters für das milde Urteil. Die Lebensbedingungen seien in Rumänien so schlecht, dass ein Beamter davon seine Familie kaum ernähren könne.

## Erkalteter Dialog

### Islam-Konferenz Muslimische Verbände üben scharfe Kritik an Innenminister Hans-Peter Friedrich

VON MARTIN FERBER

**Berlin** Wenigstens Innenminister Hans-Peter Friedrich ist zufrieden. Obwohl es im Vorfeld der vierten und letzten Sitzung der „Deutschen Islam-Konferenz“ in dieser Legislaturperiode massive Kritik von Vertretern der muslimischen Verbände an der Arbeit der im September 2006 vom damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufenen Konferenz gab, zieht er eine „außerordentlich positive“ Bilanz. „Die Islam-Konferenz hat eine praxisorientierte Arbeit geleistet.“ Gleichwohl gebe es noch viel zu tun. „Ich denke hier insbesondere an Fragen der Lebenshilfe, Lebensberatung und der freien Wohlfahrtspflege.“ Nach seiner Ansicht müsse sich die Islam-Konferenz in Zukunft stärker regionalisieren, damit die Ergebnisse „noch besser vor Ort verankert werden“.

Doch mit seiner positiven Bilanz steht der CSU-Mann an diesem Dienstag im Berliner Humboldt-Carré ziemlich alleine auf weiter Flur. Vor, während und nach der Konferenz hagelt es an Kritik an Innenminister und seiner Themensetzung. Lautstark monieren die Türkische Gemeinde in Deutsch-

land und der Verband Islamischer Kulturzentren, Friedrich reduziere die Debatte ausschließlich auf Fragen der Inneren Sicherheit, des islamischen Extremismus und der Terrorbekämpfung. Stattdessen müsse in der Runde auch offen über die Islamfeindlichkeit und die unausgesprochenen Ressentiments der Gesellschaft gegenüber Ausländern gesprochen werden. In dieser Form habe die Islam-Konferenz „keinen großen Sinn“ mehr.

Gleichwohl, an einem Ende des

Dialogs ist niemand interessiert, alle Beteiligten wünschen sich eine Fortsetzung auch in der nächsten Legislaturperiode, allerdings in anderer Form. So schlägt die „Junge Islamkonferenz“ in einer Empfehlung eine Entflechtung von Integrations- und Sicherheitspolitik vor, was in der großen Runde auf offene Ohren stößt. So fordert der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, dass die Zuständigkeit für die Islam-Konferenz zukünftig nicht mehr beim

Bundesinnenministerium liegen solle, „sondern bei einem neu zu schaffenden Integrationsministerium“. Ähnlich argumentiert Bekir Alboga, der Vorsitzende der Organisation Ditib. Der Dialog sei unentbehrlich, müsse aber anders ablaufen, zudem müsse die Auseinandersetzung mit dem Islam aus dem Innenministerium ausgelagert werden. Er regt an, dass nach der Bundestagswahl ein Dialog mit dem Kanzleramt über die Fortsetzung der Islam-Konferenz geführt werden solle.

Diese Forderung kann Hans-Peter Friedrich allerdings nicht nachvollziehen. Das Innenministerium sei zuständig für alle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit auch für die Islam-Konferenz, sagte er nach der Sitzung. Ausdrücklich weist er die Kritik der muslimischen Verbände zurück. Der Vorschlag, Sicherheitsthemen künftig auszuklammern, sei „völlig unsinnig“. Die Themen Terror und Sicherheit hätten in der DIK noch nie eine besondere Rolle gespielt.

### Kommentar VON MARTIN FERBER

» fer@augsbu-er-allgemeine.de

## Beachtliches geleistet

Auch wenn die „Deutsche Islam-Konferenz“ an einem toten Punkt angekommen ist, können sich ihre Ergebnisse sehen lassen. In den vergangenen sieben Jahren wurde Beachtliches geleistet, die Integration hat Fortschritte erzielt.

Dies gilt für die Einführung eines flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts und die Regelung der Imam-Ausbildung ebenso wie die gemeinsam erarbeiteten Hand-

reichungen zur Rolle der Frau oder zum gemeinsamen Sportunterricht. Von ihrer Bedeutung her nicht zu unterschätzen ist die klare Verurteilung von häuslicher Gewalt und Zwangsverheiratung.

Hinter diese Erklärung können die Muslime nicht mehr zurück, die Rechte der Mädchen und Frauen wurden deutlich gestärkt. Das wird auf Dauer die muslimische Gesellschaft verändern.

Vieles hat sich zum Positiven gewendet. Die Islam-Konferenz war der richtige Ort, Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu klären – auf der Basis des Grundgesetzes und der in Deutschland geltenden Rechtsordnung. Der Dialog sollte daher auf jeden Fall auch nach der Wahl fortgesetzt werden, vielleicht auf anderer Ebene. Über das Wie mag man streiten. Nicht aber über das Ob. Es lohnt die Mühe.

### Der Islam in Deutschland

- In Deutschland leben nach Schätzungen der Bundesregierung 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime; davon hat rund 45 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung beträgt zwischen 4,6 und 5,2 Prozent. Derzeit stellen die aus der Türkei stammenden Gläubigen die größte ethnische Gruppe unter den Muslimen.
- Laut einer Studie des Bundesamtes für Migration bezeichnen sich 86 Prozent der befragten Muslime als gläubig oder sehr gläubig.